



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Er. erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark; ohne die Beleggebühr. - Anzeigen: die 3gepaltene Zeitzeile 1,- Reichsmark Todes- und Verammungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Zawohl, wir sind Reformisten!

Wenn ein kommunistischer Parteitagator in den Gewerkschaften sein ganzes Pulver verschossen hat, und wenn ihm keine andere die Verbandsverwaltung und ihre Persönlichkeiten infamierende Redewendung mehr einfällt, dann greift er noch immer auf das Dugende Male in jeder Rede in jedem kommunistischen Artikel wiederkehrende Schimpfwort vom Reformismus, von der reformistischen Gewerkschaftsbureaokratie zurück. Im Gegensatz dazu stellt er die revolutionäre Opposition. Und eigentümlicherweise verfährt dieses Schredgepenst des Reformismus noch immer bei großen Teilen der Arbeiterchaft. Als Reformist gescholten zu werden, empfindet mancher als eine Schande, lieber läßt er sich zu „revolutionären“ Unüberlichkeiten und Dummheiten hinreißen, als sich als Reformist bezeichnen zu lassen. Und in der Wertstättdiskussion gibt mancher sonst sehr vernünftige Funktionär und Kollege oftmals lieber das Ansehen seiner Gewerkschaft oder seiner Partei preis, verzichtet auf jeden Gegenangriff auf den schwärzlichen Widersacher, gibt jeder kommunistischen Verdächtigung weiten Raum, nur um nicht der „Schande“ ausgesetzt zu sein, reformistischen Denkens und reformistischer Methoden geziehen zu werden. Dieses Ausweichen erklärt manchen Einfluß, den das sonst so kleine Häuflein der Kommunisten in den Gewerkschaften heute noch besitzt.

Es kommt darauf an, sich einmal zu überlegen, ob es, wenn auch im kommunistischen Schimpfzettel verzeichnet, so etwas Lehnliches wie eine „reformistische Schande“ überhaupt gibt, was die Kommunisten mit diesem Schlagwort bezwecken und welchen Vorteil beziehungsweise Nachteil die Gewerkschaftsbewegung hat, wenn sie „reformistisch“ oder „revolutionär“ sich einstellt.

Den Sozialreformismus, den die Kommunisten meinen, und den sie gleichsetzen mit dem sogenannten „Abrutschen nach rechts“, mit der Burgfriedenspolitik der Kriegsjahre, mit hemmungslosem Entgegenkommen an die Arbeitgeber, mit dem Verrat von Arbeiterinteressen, gibt es in den freien Gewerkschaften nicht. Man stellt durchsichtigerweise diesen Reformismus hin als die Reaktion einer Führerschaft von Emporkömmlingen, die, nach der Manier von Baroenus, dem Wesen und dem Benehmen des Bürger- und Arbeitgebertums nicht nachstehen wollen. Alle diese Anwürfe haben aber mit der sozialen Reform überhaupt nichts zu tun. Die Sozialreformer, eine sozialwissenschaftliche Schule der Vorkriegszeit, waren Männer der Wissenschaft und Angehörige freier Berufe, die aus der Klassenlage des Proletariats und aus den sich daraus ergebenden Gefahren die Konsequenz gezogen hatten und die den bürgerlichen Obrigkeitsstaat jener Zeit immer wieder daran erinnerten, daß die Arbeiterchaft einer besonderen Fürsorge bedürfe, und die in einer späteren Periode fortgeschritten genug waren, den Arbeitnehmern eine bestimmte kollektive Rechtsstellung, die sich aus ihrer klassenmäßigen Situation ergab, zuzubilligen.

Man darf heute ohne weiteres feststellen, daß der jahrzehntelange Kampf der Gewerkschaften um die Anerkennung der sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter und um die Durchführung sozialpolitischer Gesetze eine sehr wesentliche Unterstützung und Förderung von der Seite jener Sozialreformer erfahren hat. Wenn auch beide Gruppen oftmals verschiedene Wege gingen, nicht die gleichen Ziele im Auge hatten, so wurde doch manche Schlacht gemeinsam geschlagen und gemeinsam gewonnen. Der Kampf um die Sozialversicherung und um ihren Ausbau, der Kampf um den Tarifvertrag und seine gesetzliche Festlegung, der Kampf um die kollektive Regelung der Arbeitsbedingungen und seinen endlichen gesetzlichen Niederschlag in den verschiedensten gegenwärtigen arbeitsrechtlichen Gesetzen, das waren die Fragen, die die Männer aus beiden Lagern oft genug zusammenführte und sie gegenseitige Achtung lehrte. Die soziale Reform, das heißt diese Bestrebungen, deren Erfolg und Bedeutung nur parteimäßige Bosheit übersehen kann, in das Schimpfzettel der Kommu-

nistischen Partei einzureihen, blieb Leuten vorbehalten, die von dem wirklichen Kampf um die Befreiung der Arbeiterchaft aus den Fesseln des alten Obrigkeitsstaates, der Jahrzehnte hindurch mit rissenhaften Opfern geführt wurde, keine Ahnung haben, und in deren primitiven Gehirnen keine andere Anschauung von gesellschaftlichem Fortschritt Platz hat als die der Maschinengewehre und terroristischen Diktatur. Nach ihrer Meinung müßte erst alles Bestehende über den Haufen gerannt werden, um dann den Versuch zu machen, aus diesem Trümmerhaufen Neues aufzubauen. So einfach eine solche These klingt, um so klarer hat gerade das Experiment in Sowjetrußland bewiesen, daß man unter bestimmten Umständen und Konstellationen wohl ein Staatswesen, und sei es noch so reaktionär und durch Jahrhunderte festgefügt, in wenigen Monaten zerschlagen kann, daß es aber in einem vollen Jahrzehnt nicht gelingt, ein völlig neues Staatsgebilde an seine Stelle zu setzen. Und wenn ein solches Jahrzehnt „sozialistischen Neuaufbaus“, das Rußland uns vor Augen führt, erkaufte werden muß mit dem Hunger, dem Elend, mit dem Blut, ja mit dem Tode von Hunderttausenden von Menschen, so ist damit kein Zweifel der Beweis erbracht, daß diese primitive Methode — für Rußland vielleicht noch erträglich — in den westeuropäischen Industriestaaten nicht zu viel schwererem, länger andauerndem Chaos und endlichem Triumph der Reaktion führen würde als dort.

Wenn die deutschen Gewerkschaften bisher die wüsten agitatorischen Angriffe der kommunistischen Partei gegen ihre Maßnahmen und Methoden abgeschlagen haben und dabei den Vorwurf des „Reformismus“ kelenruhig einstiften, so hat das seine guten Gründe. Die Gewerkschaftsbewegung unterliegt einer andern Gesetzmäßigkeit als eine politische Partei. Die politische Partei, besonders wenn sie in der Opposition steht, kann ohne jeden Skrupel bedenkenlos und hemmungslos Forderungen aufstellen, an deren Verwirklichung sie überhaupt niemals denken könnte, wenn sie selbst die politische Verantwortung trüge. Sie kann zur Bekräftigung dieser Forderungen Massen auf die Straße rufen, kann sie für ihre Ideen begeistern, sie zu sich auch noch so falsch. Geht die Sache schief, das heißt lehnt eine reaktionäre Parlamentsmehrheit die Forderungen dieser politischen Partei ab, so hat sie eben ein Argument mehr, die Verwerflichkeit der herrschenden Politik und herrschenden Klasse zu kennzeichnen und damit zugleich die Möglichkeit, ihre Agitation weiter zu steigern. Ganz anders steht es um die Gewerkschaftsbewegung. In ihr schließt sich die Masse der Arbeiter, nicht nur eine Auslese, zu naheliegenden praktischen sozialpolitischen Zwecken zusammen. Sie will durch den Zusammenschluß höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, eine Steigerung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation erkämpfen. Dieser Kampf wird nicht nur geführt mit dem gesprochenen oder geschriebenen Wort, in Verammlungen oder in den Spalten der Presse, sondern durch die Verhandlung mit den Vertretern der Arbeitgeber, mit der Tat des Tarifabschlusses und eventuell auch durch die aktive Handlung des offenen Arbeitskampfes, des Streiks. Besonders im letzten Fall ist der einzelne unmittelbar und aktiv an dem Kampf beteiligt. Ein Sieg fördert seine wirtschaftliche Situation, eine Niederlage verächtelt sie. Es gibt aber auch Siege, die nach dem Maß ihrer Verluste einer Niederlage gleichkommen. Auf die Niederlage oder auf einen solchen Pyrrhusieg reagiert die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jedoch anders als die Angehörigen einer Partei. Der Partei legt man eine Niederlage nicht zur Last, wohl aber der Gewerkschaft, und die Quittung besteht im Austritt und damit in der Verminderung gewerkschaftlicher Kampfkraft.

Hier liegt der Schlüssel zu der reformistischen Einstellung der Gewerkschaften. Infolge dieser Eigen-gesetzlichkeit können sie es sich nicht erlauben, nach kommunistischen Rezepten heißblütig, temperamentvoll und unüberlegt Massen in einen Arbeitskampf zu führen, wenn von vornherein an einen Sieg nicht gedacht werden kann. Hunderte von Einzelbeispielen

aus der Gewerkschaftsgeschichte beweisen, daß unüberlegt begonnene und geführte Kämpfe oft genug zur völligen Demütigung bis dahin kampfkraftiger Kadern geführt haben. Es dauerte dann wieder Jahre, manchmal Jahrzehnte, bis mit solchen Gruppen wieder ein neuer gewerkschaftlicher Vorstoß gewagt werden konnte. Die Gewerkschaftsverwaltung und die Gewerkschaftsführer müssen sich vor jedem Kampf genaue Rechenschaft darüber ablegen, ob die Möglichkeit besteht, ihn zu gewinnen, oder ob die Chancen so ungünstig stehen, daß eine Niederlage in Aussicht genommen werden muß. Diese Notwendigkeit führt dazu, daß sich die Gewerkschaft für ihre Kämpfe stets nur erreichbare Ziele stecken darf und den Kampf um dieses Ziel mit viel stärkerer Geschlossenheit, mit viel schärferer Disziplin führen muß, als es je eine politische Partei notwendig hat.

Das ist das Geheimnis des gewerkschaftlichen Reformismus. Sieht man sich nun Gewerkschaftsgruppen an, die unter kommunistischer Führung stehen, sei es in Deutschland, in Rußland oder wo immer, so wird man die Entdeckung machen, daß auch hier immer nur mit Wasser gefoch wird. Auch ihre Kämpfe und Arbeitsmethoden unterscheiden sich von denen echt reformistischer Amsterdamer Färbung in keiner Weise. Auch die russische Gewerkschaftsbewegung denkt gar nicht daran, wahllos ihre Mitglieder in Streiks und andere Kämpfe hineinzuführen. Auch sie muß, mehr als jede andere nationale Gewerkschaftsgruppe, allgemeine Interessen in ihrem besonderen Falle besondere staatspolitische Interessen, auch solche der kommunistischen Partei, bei ihren Entscheidungen mitsprechen lassen.

Wenn also die deutschen Gewerkschaften sich kelenruhig von ihren kommunistischen Widersachern als „Reformisten“ bezeichnen lassen, so steht dem die Tatsache gegenüber, daß sie es bisher verstanden haben, sich — anders als die russischen Gewerkschaften — von jedem staatlichen Einfluß frei zu halten, und daß sie bis heute die stärksten und bestgeachteten Gegenpieler ihrer Feinde, der Unternehmer, geblieben sind. Oft genug lassen die Unternehmer nach unglücklich verlaufenen Streiks die kommunistischen Hauptschreier ohne weiteres wieder in ihre Betriebe hinein, verjagen aber alles, um den weniger laut, aber um so sichrer auftretenden Gewerkschaftsfunktionär und Betriebsrat auf der Straße zu lassen. Sie wissen, daß Gewerkschaftsarbeit ihrer Macht und ihrer Führungsrolle viel vorzuziehen und gefährlicher ist als die Lautsprecher linksradikaler Parteiorganisationen.

Bisher hat die kommunistische Taktik des offenen Mundes noch keinen Hund vom Ofen zu laden vermocht. Der ruhig, zielbewußt und energisch geführte, disziplinierte Gewerkschaftskampf aber hat manche Unternehmerposition niedergelassen. Sie hat die Arbeitgeber gezwungen, mit den Vertretern der Arbeiter sich an einen Tisch zu setzen und gemeinsam mit ihnen die Arbeitsbedingungen, die Löhne festzulegen. Die Gewerkschaftstaktik hat den Herrn-im-Haus-Standpunkt der Unternehmer nicht nur erschüttert, sondern beseitigt. Wirksam ist die Macht der Ausbeuter bisher nur eingeschränkt worden nicht durch die Kommunisten, sondern durch die Gewerkschaften. Wenn das der Erfolg des Reformismus ist, so dürfte man damit, ohne Verzicht auf letzte sozialistische Ziele, vorläufig einmal zufrieden sein. Zufrieden nicht in dem Sinne, etwas Endgültiges, zum Ausruhen Berechtigendes erreicht zu haben, zufrieden nur im Sinne einer erfolgreichen Prüfung der eigenen Waffe und eigenen Kampfmethode.

Zawohl, wir sind Reformisten, weil die reformistische Taktik sich weit revolutionärer auswirkt und weitgehende revolutionäre Ausblicke für die Zukunft ermöglicht. Wir verzichten darauf, revolutionär zu reden, aber wir haben den festen Willen, den zähen, unermüdbaren, nie stillstehenden Kampf Schritt für Schritt Terrain zu erobern, eine Position des Gegners nach der andern zu nehmen und dadurch von Jahr zu Jahr die Lage der Arbeiterchaft wirksam zu verbessern, um sie tüchtiger und brauchbarer zu machen für das Endziel des Sozialismus, für die klassenlose Gesellschaft.

Der Kongress der Gewerkschaften Oesterreichs.

Ende Juni fand nach fünfjähriger Pause der zehnte Kongress der Gewerkschaften Oesterreichs statt. Auf ihm berichtete Otto Bauer über die soziale und wirtschaftliche Lage Oesterreichs. Dieser Bericht ist für uns in mehrfacher Hinsicht interessant.

Oesterreich hat von allen am Weltkrieg beteiligten gewesenen Ländern wirtschaftlich am schwersten gelitten. Der Friedensschluss machte Oesterreich zum unnatürlichen Staatsstaate. Sieben Achtel der alten Absatzmärkte gingen verloren. Die Lebensbedingungen des kleinen österreichischen Staates wurden nach Kriegsende äußerst ungünstig, vollkommen anders, als sie früher waren. Oesterreich stürzte sich in eine Tiefe, aus der wieder emporzukommen vielfach für unmöglich gehalten wurde. Nach dem Referat Bauers scheint nun jedoch die schlimmste Gefahr für Oesterreich überwunden zu sein. Zwar sagte Bauer: „Es ist außerordentlich schwer, auch nur mit einigem Grad von Wahrscheinlichkeit irgend etwas vorauszusagen.“ Trotzdem war aber das Bild, das der Referent von der Nachkriegsentwicklung zeichnete so, daß es Vertrauen und Hoffnung auslösen muß. Manches, was geleistet wurde, forderte höchste Anerkennung heraus, eben weil die Bedingungen des Schwereimportirungs und Sichbehauptens ganz außerordentlich schwer waren. Nach Bauer sind „alle Anzeichen dafür vorhanden, daß die strukturelle Krise der österreichischen Wirtschaft schon den Tiefpunkt überschritten hat“. Mit zweifellosem Recht sieht er besonders auch in den steigenden Heftartikeln der Landwirtschaft solche Anzeichen. Die Erträge sind ebenso groß, zum Teil schon größer als vor dem Kriege. Wenn wir das auch von unserer Landwirtschaft erst sagen könnten! Die Heftartikeln haben sich zwar auch in Deutschland im letzten Jahre gebessert, stehen aber doch noch gewaltig hinter der Vorkriegszeit zurück, trotz des ungerechten Entlasses vieler Milliarden Vorkriegsmark an Hypothekenschulden.

Der Referent erklärte weiter: „Da die österreichische Industrie die technischen Rückständigkeiten einigermaßen überwunden und endlich ihre Absatzorgane völlig umgestaltet hat, wird ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt allmählich besser.“

Der österreichische Optimismus gründet sich sodann darauf, daß ein Umbruch in der Beschäftigungsbewegung eingetreten ist. Bis jetzt ist, ebenso wie es ja auch bei uns war, die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die in der Wirtschaft Arbeit und Verdienst suchten, fortgesetzt größer geworden. Im kommenden Jahre macht sich der Geburtenausfall während des Krieges bemerkbar. Man schätzt, daß in den Jahren 1929 bis 1933 in Oesterreich 200 000 Menschen weniger auf den Arbeitsmarkt der Jugend kommen werden als in den vorausgegangenen fünf Jahren. Die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen wird verschwinden, und damit wird auch der Beschäftigungsgrad der Erwachsenen allmählich wieder ansteigen.

Der Referent bezeichnet es als bezeichnend in der Gewerkschaftsbewegung aller Zeiten und Länder, daß die österreichische Arbeiterchaft im ersten Jahre nach der Inflationszeit beträchtliche Lohnsteigerungen erreichten konnte, daß sie diese Löhne in der späteren Krisenzeit behaupten und bei eintretender wirtschaftlicher Besserung sogleich wieder fortlaufend steigern konnte. Er wies darauf hin, daß früher in jeder

Krisenzeit die Löhne unbedingt sanken und nur schwer wieder hochzubringen waren. Ein Steigen der Löhne in Krisenzeiten hätte es nie gegeben. In der Schweiz ist es in den letzten Jahren ähnlich gewesen, und es wird dort gesagt, daß man auf diese Weise leichter über die Krisenzeit hinwegkommen sei. Die Anwendung des Ford'schen Prinzips hätte sich bewährt.

Trotzdem hat die österreichische Wirtschaft bis jetzt noch längst nicht die Löhne, die in anderen Industrie-Staaten üblich sind. Der jetzige Gang der Wirtschaft läßt Bauer jedoch hoffen, daß man bald in eine Zeit hineinkommen, wo es möglich wäre, der österreichischen Arbeiterchaft das europäische Lohnniveau zu erkämpfen. Aber der Redner unterschätzt trotz seines Optimismus nicht die Schwierigkeiten der Verhältnisse. Das zeigen seine folgenden Ausführungen: „Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß die Lohnkämpfe in diesen langen Jahren des schweren Heilungsprozesses noch auf mannigfache Hindernisse stoßen werden, daß, wenn sie auch noch so erfolgreich geführt werden, wir doch auf unabsehbare Zeit nicht den Vorsprung werden einholen können, den die Arbeiter der westlichen und nördlichen Industrieländer Europas vor uns haben. Die österreichische Industrie muß mit Betrieben konkurrieren, die unvergleichlich viel kleiner sind als die Betriebe anderer Länder, die technisch rückfälliger, die ungünstiger gelegen und schwerer belastet sind als die Betriebe anderer Länder. Sie macht diese Nachteile weit auf Kosten des Arbeitslohnes. Und deswegen ist allen Kämpfen in Oesterreich ein Schranke gesetzt, zwar nicht eine unüberwindliche Schranke, aber eine Schranke, die nur in einem langsamen allmählichen Prozeß verschoben werden kann.“

Zwei der wichtigsten Sicherungen für eine weitere günstige Lohnentwicklung sieht Bauer in der Zollfrage und im Mieterschutz. „Wenn der österreichische Arbeiter trotz seines niedrigen Lohnes nicht völlig verelendet ist“, so führt er aus, „so verdankt er dies zu einem großen Teile der Tatsache, daß es uns bisher gelungen ist, in Oesterreich wenigstens jene Erzebe der Hochschuldbillerei zu verhindern, die in anderen Staaten die Kosten der Lebenshaltung so furchtbar in die Höhe getrieben haben.“

Ganz außerordentlich wichtig ist nach Bauer die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes, das heißt der jetzt durch die Behörden äußerst niedrig gehaltenen Mieten: „Der Abbau des Mieterschutzes bei einem Lohne, der niedriger ist als in den anderen Ländern, würde die volle Verelendung der österreichischen Arbeiter bedeuten.“ Der Referent rechnet damit, daß in nächster Zeit in Oesterreich um die Erhaltung der Mieterschutzgesetze hart gekämpft werden muß.

In Wien sind die Wohnungen so billig wie nirgends sonst in der ganzen Welt. Wien hat die rentenlose Wohnungswirtschaft durchgeführt, das heißt, in Oesterreich sind die Hausbesitzer nicht besser von der Gesetzgebung behandelt worden als die Hypothekengläubiger. In Deutschland wurde ja unfassbarer Weise ein Kapital der Hypothekengläubiger von 70 oder 80 Milliarden Vorkriegsmark an die Hausbesitzer verschont, obgleich dazu fraglos keine Regierung ein „Recht“ haben kann. Die österreichischen Hausbesitzer beneiden jetzt ihre Kollegen in Deutschland gewaltig und wollen auch das freie Verfügungsrecht über „ihre“ Häuser, ohne Zinspflichten zu erfüllen. Sie sind genau so lästern nach den Erparnissen ihrer Mitbürger wie die deutschen Hausbesitzer. Die Arbeiterwohnung würde dann wahrscheinlich in Oesterreich zehnmal so

teuer werden als sie jetzt ist. Das darf natürlich unter keinen Umständen geschehen.

Besonders eingehend wurde dann noch die Rationalisierungsfrage auf dem Kongress besprochen. Es referierte darüber der Sekretär bei der österreichischen Landeszentrale, Schorch. Er beleuchtete die Gefahren der Rationalisierung, erklärte aber, daß sie notwendig sei für die weltwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit Oesterreichs und für eine zeitgemäße Wohnsitzhaltung. Es wurde folgende Entschlüsse angenommen: „In Ermüdung, daß die Rationalisierung in ihren Ergebnissen und in der Auswirkung ein volkswirtschaftliches Problem von großer Bedeutung darstellt, das nicht einseitig zusammen einer verhältnismäßig kleiner Schicht der Gesamtbevölkerung und zum Schaden der Gesamtwirtschaft gelöst werden darf, fordert der Gewerkschaftskongress:

1. Mitwirkung der Betriebsräte und der zuständigen Gewerkschaftsorganisationen bei geplanten Rationalisierungsmaßnahmen;
2. Erhöhung der Löhne und Verdienste unter Berücksichtigung der erhöhten Erzeugung mit gleichzeitiger Verstärkung der Arbeitszeit, entsprechend der gesteigerten Inanspruchnahme der Arbeitskraft;
3. Kollektivvertragmäßige Festsetzung der Lohnzahl des laufenden Bandes und der zugeordneten Maschinen;
4. staatliche Institute, die unter Mitwirkung der von den Unternehmern unabhängigen Gewerkschaften die Ermüdungserscheinungen und gesundheitlichen Folgen der ununterbrochenen raschen und eintönigen Arbeitsleistung feststellen;
5. Maßnahmen zur Verhinderung von gesundheitlichen Folgen einer solchen Arbeitsleistung.“

Die österreichischen Gewerkschaften sehen hoffnungsvoll und vertrauen in die Zukunft, trotz der allgemein schwierigen Lage des Landes und trotz der Gefahren, die auch in Oesterreich dem Recht von der Seite der Substanz „eigentümer“ her drohen. Wenn sie Vertrauen mit Vorsicht und Einigkeit paaren, wird es ihnen hoffentlich gelingen, zu verhindern, daß, wie in Deutschland, die Rentenbesitzer der Vermögenswerte „des Volkes“ den Nichtbesitzenden oder Enteigneten jährlich Milliardentribute aus der Tasche ziehen können.

In Wien hat man nicht nur den Wohnungswucher, sondern auch den Wucher mit Bauland und Baufstoffen zu verhindern gesucht. Wien hat zu sehr billigem Preise große Landflächen erworben. Die Baustoffe werden in bedeutendem Umfange in städtischen Betrieben hergestellt. Wien besitzt große eigene Ziegeln, Kalk- und Granitwerke und ist außerdem an vielen Baustoffbetrieben finanziell maßgebend beteiligt. Der Baustoffeinkauf ist vollständig zentralisiert. So entstehen Mietpreise, die den Miteingeweihten verblüffen. Die Arbeiterwohnung, die vor dem Kriege durchschnittlich 350 Goldkronen kostete, kostet jetzt noch keine 50 Schilling oder 30 deutsche Mark. Dazu kommt eine Wohnbausteuern, die für kleine Wohnungen jährlich 10 bis 12 Schilling beträgt. In Deutschland kann man heute mit Frau und Kind von Wohnungswucher sprechen; denn die Hausbesitzer stehen sich jährlich nach Abzug der Hauszinssteuer mindestens um 3 Milliarden Reichsmark besser als vor dem Kriege. Wir tragen die Folgen des Krieges durchaus nicht in ehrlicher und gerechter Weise gemeinsam. U. S.

Die Begrüßung der Gewerkschaftsjugend in Hamburg.

Bei der Kundgebung der deutschen Gewerkschaftsjugend am 2. September in Hamburg, Rathausmarkt, begrüßte der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Theodor Weipert die 15 000 Jungen und Mädchen, die aus allen Teilen Deutschlands zusammengekommen waren, mit folgender Ansprache:

Junge Freunde und Kollegen! Ihr habt euch hier in Hamburg versammelt, wo morgen Vertreter der deutschen Arbeiterchaft als Kongress der deutschen Gewerkschaften zusammenzutreten werden, um zu beraten, wie dem Kampf der Arbeiter zu mehrerem Gelingen verhalten werden kann. Eure Anwesenheit ist ein Ausdruck eurer Anteilnahme für die Tätigkeit unseres Parlaments der Arbeit, ein jugendlicher Gruß an die aus allen Ecken Deutschlands und aus allen Berufen kommenden Delegierten.

Es ist noch kein alter Brauch, dem ihr durch euer Treffen in Hamburg entspricht. Es war vor drei Jahren zum ersten Male, daß bei dem in Breslau stattfindenden Gewerkschaftskongress die Jugend selbst — allerdings die aus Schlefien allein — in Erscheinung trat. Heute sind es mehr als 15 000 Arbeiterjungen und -mädchen — alles organisierte junge Gewerkschaftler — aus allen Teilen des Reiches, die befehlen wollen, daß sie nicht nur als Mitglieder den Gewerkschaften angehören, sondern sich auch unmittelbar selbst mit ihnen verbunden fühlen. Dieses Verbundenheit der Jugend mit der Gewerkschaft konnte sich früher nicht so wie heute offensichtlich feststellen. Vor zwanzig Jahren, als 1908 der Gewerkschaftskongress ebenfalls hier in Hamburg tagte und über die besten Wege der Erziehung, der Bildung und des Schutzes unserer Jugend beriet, da wäre eine solche Kundgebung wie die jetzige undenkbar gewesen. Nicht nur, daß die Staatsgewalt unsere Demonstration nicht erlaubt hätte, daß wir von diesem Hause aus, dem Rathaus der Stadt Hamburg, selbstverständlich nicht hätten sprechen dürfen — es standen noch andere ernste Hindernisse im Weg. Damals war noch nicht

wie heute allen Arbeitern, auch den Lehrlingen, den Jugendlichen das Recht gesichert, nach eigener Entscheidung den Organisationen anzugehören, die ihre Interessen vertreten. Die früher allgemein übliche Bestimmung der Lehrverträge, daß die Lehrlinge nur mit Zustimmung ihrer Lehrmeister Organisationen beitreten durften, ist erst durch die neue Reichsverfassung beseitigt, das Vereinigungsrecht gesichert worden. Aber selbst, wenn es möglich gewesen wäre, all diese Klippen zu umschiffen — die Jugend hätte zu dieser Kundgebung nicht kommen können, weil sie ganz einfach die freie Zeit dafür nicht hatte, sie keinen Urlaub von ihren Lehrmeistern oder Arbeitgebern bekam. Damals — und das blieb bis zum Ausgang des Krieges so — sind diejenigen verachtet worden, die es wagten, in der Defektheit Urlaub für die Lehrlinge, für die Jugendlichen, für die Arbeiterchaft überhaupt zu fordern.

Heute wird nicht nur allgemein diese Forderung gestellt und von neuen Kreisen der Bevölkerung als berechtigt anerkannt, sondern, was viel wichtiger ist, ein großer Teil der erwachsenen Jugendlichen wie auch der erwachsenen Arbeiterchaft hat heute bereits einen festen Anspruch auf Ferien. Eure Anwesenheit zeigt, daß ihr es versteht, nicht nur Ansprüche auf Ferien zu erheben und durchzusetzen, sondern auch die gewonnene freie Zeit in wertvoller Weise zu verwenden. Wir können stolz auf diese Entwicklung sein, denn — und dessen seid euch immer bewußt — diese Fortschritte hat die Arbeiterchaft aus eigener Kraft, mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisationen errungen. Die Ferien, wie überhaupt alle Verbesserungen in der Lage der Arbeiterchaft, sind kein Geschenk des Himmels, sind nicht freiwillig gewährt worden. Ihr erhaltet euren Urlaub auf Grund von Tarifverträgen, also infolge eines von den Gewerkschaften selbst für die Arbeiter erkämpften und geschaffenen Rechts. Es ist notwendig, daß ihr jungen Kollegen und Kolleginnen die Bedeutung dieser Tatsache erkennt, euch ständig bewußt seid, daß so einschneidende Fortschritte allein der eigenen Kraft und Macht der Arbeiterchaft, der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft, zu verdanken sind. Der Gewerkschaftskongress wird in den nächsten Tagen an die gesetzgebenden Körper-

schaften die Forderung stellen, die Freizeitsfrage für die Jugend, nachdem die Gewerkschaften den Boden vorbereitet haben, nun endlich durch Gesetz für alle Jugendlichen in genügendem Ausmaß zu regeln, und wir werden nicht ruhen, bis diese Forderung erfüllt ist.

Ich habe gezeigt, was die unheimliche, nüchterne Gewerkschaftsarbeit auf die so mancher geringfügig von oben herabblüht, in Wirklichkeit bedeutet, was für ein Kulturfaktor ersten Ranges sie ist. Es sollte jedem der Mäße wert erscheinen, die Arbeit in den Gewerkschaften und für sie zu einer Lebensaufgabe zu machen. Man redet heute viel über eine geistige Verflachung der Menschen, beklagt, daß die Jugend keine Ideale mehr hat, denen sie folgen kann. Ich kann diesen Ansichten nicht zustimmen. Ich glaube, es kommt nur darauf an, der Jugend die Aufgaben zu zeigen, die die dringendsten der Zeit sind, nämlich die Arbeit für die soziale Umgestaltung unserer Wirtschaft, unseres ganzen Gesellschaftslebens, um dann auch von ihr Hingabe und Begeisterung in der Erfüllung dieser Aufgaben zu erfahren. Unsere Zeit und die heutigen Menschen sind im Vergleich zu früher nüchterer und sachlich geworden; auch die Arbeiterbewegung hat ein anderes Gesicht bekommen. Sie verlangt heute mehr als nur Begeisterung für ihre Ziele, sie braucht Umhänger mit sachlichen Kenntnissen und klarem Willen, zu aufbauender, sachlicher, Arbeit. Der Gewerkschaftskongress wird deshalb bei der Erörterung der Bildungsaufgaben der Gewerkschaften ausprechen, was von den Organisationen selbst, aber auch vom Staat noch getan werden muß, um diesen neuen Anforderungen gerecht zu werden. Unsere Jugend aber muß innere Bereitschaft zeigen zur Vorbereitung auf die Aufgaben, die der Arbeiterbewegung harren. Wir Alten müssen die Gemütskräfte zeigen, daß bei unserem Abtreten Nachfolger an unsere Plätze treten werden, die das geschaffene Werk nicht nur einfach weiterführen, sondern auch höher entwickeln und ausbauen können. Das ist es, was die Gewerkschaften von ihrem Jungvolk erwarten.

Ihr könnt die Zusicherung von uns, von der erwachsenen Arbeiterchaft haben, daß wir nach Kräften dafür sorgen werden, daß die Jugend Lebensraum erhält, in dem sie

Die Frau in den Gewerkschaften.

Ein Beispiel für die Unorganisierten.

Wo immer wir von der modernen Arbeiterbewegung sprechen hören oder vielleicht auch lesen, da schweben unserm Geiste jene gewaltigen Bataillone vor, die gebildet werden von den Männern der schweißigen Faust, die im Kampfe mit dem Leben, in der Sorge um Weib und Kind sich zu organisiertem Handeln und Kämpfen zusammengeschlossen haben. Fast kaum aber wird uns dabei bewußt, daß in diesen Bataillonen auch ganze Regimenter von Arbeiterinnen, Frauen und Mädchen jeden Alters, eingeorndet sind, oder besser: sich eingeordnet haben. Und es ist eigentlich ein großes Unrecht an diesen tapferen Frauen und Mädchen, ihrer so wenig bedeutungsvoll zu gedenken. Muß es doch ein besonders hoher Idealismus sein, der die wertvolle Frau zur Organisation führt, da sie ja nicht wie der Mann, aus natürlicher Veranlagung heraus, zum Kampf mit dem Leben berufen ist. Für den Mann bedeutet die Organisation oft ein Stück seines Privatlebens. Sie macht ihm oft erst seine Freizeit lebenswert, erlegt ihm Gesellschaft und Vergnügungen, die er sich seiner wirtschaftlichen Lage wegen nicht anderweitig leisten kann.

Andererseits bei der Frau. Sie organisiert sich zumeist aus reiner Opferwilligkeit. Sie begreift, daß nur gemeinsames Handeln und organisierte Kraft den Arbeitgeber etwas abzutrotzen vermag. Das genügt ihr. Sie zählt gern ihren Beitrag, damit diese organisierte Macht erwidert wird. Sie hat vorerst nicht einmal sich selbst im Auge, sondern sie weiß, daß das zum Wohle aller ihrer Kollegen und Kolleginnen dient. Hierzu mit beitragen zu können, befriedigt sie schon genug. Sie drängt sich deshalb auch nicht in den Vordergrund in der Organisation und überläßt gern die Funktionen den männlichen Mitgliedern, freut sich aber stets, wenn man ihre Mithilfe sucht. Vielesicht ist das nicht einmal zu bedauern, denn Organisationsleitung und Agitation ist immer etwas dem Manne besser liegendes als der Frau. Aber wie gesagt, wo man ihre Hilfe sucht, empfindet sie das immer dankbar und ist auch sehr oft eine ausgezeichnete Stütze bei der Organisationsarbeit. Oft kann man dabei staunen, welche Fülle von Geschäftlichkeit und Energie von solchen Kolleginnen entwickelt wird. Das beweist ja auch schon die Tatsache, daß die Arbeiterbewegung schon viele ausgezeichnete Funktionärinnen besitzt, die völlig selbständig leitende oder verwaltende Stellen innehaben. Nur wer die Tätigkeit und Opferwilligkeit solcher Mitarbeiterinnen aus eigener Anschauung und Erfahrung kennt, weiß diese Tatsache ganz zu schätzen. Das ist eigentlich noch viel zu wenig bekannt, denn man begegnet heute noch oft männlichen Kollegen, die von der selbständigen Mitarbeit der Frau in der Arbeiterbewegung nicht viel wissen wollen. Man hat scheinbar in diesen Kreisen gar keine Ahnung davon, welche erhebliche Faktor gerade die organisierte Frau in den Gewerkschaften darstellt. Gibt es doch heute schon fünf Organisationen innerhalb des ADGB, die mehr weibliche als männliche Mitglieder zählen. Nachstehend eine kleine Tabelle hierüber.

Es zählten am Ende des Jahres 1927:

	Mitglieder insgesamt	darunter weibliche	Prozent
Buchbinder	50 833	33 358	66,6
Graphische Hilfsarbeiter	38 033	24 719	64,9
Autarbeiter	17 775	11 476	64,6
Tabakarbeiter	64 600	49 237	76,3
Textilarbeiter	292 930	172 008	58,7

sich entwickeln kann. Bei dieser unserer Arbeit brauchen wir das Vertrauen in die heranwachsende Generation, daß sie das bisher Geleistete zu schätzen weiß, und ausgehend von der schon errungenen Position, die die Alten ihr einst übergeben werden, den Bau der neuen Gesellschaft höher und schöner weiterführt. Mit Stolz und Freude können wir heute schon auf eine stattliche Schar junger Arbeiter und Arbeiterinnen bilden, die sich in das große Heer der fünf Millionen Gewerkschaftler eingereiht haben. Viele aber stehen noch ganz abseits oder sind doch nur äußerlich dabei, hier liegt eine unmittelbare Aufgabe für euch, die Jugend, selbst vor. Eure Alters- und Arbeitsgenossen müssen von euch gewonnen und mit unserer Bewegung in lebendige Verbindung gebracht werden. Bedenkt die noch stumm abseits Siehenden aus ihrer gefährlichen Gleichgültigkeit, zeigt den Neut auf ihr kleines Ich Bedachten, daß sie doch auf Gebot und Verbot mit dem Schicksal der großen Masse verbunden sind und helft so mit, die gesamte Jugend unter unseren Fahnen zu ver sammeln.

Nur wo die Begeisterungsfähigkeit und Entschlossenheit der Jugend mit dem Fühlen, durch viele Erfahrungen geklärten Urteil der Alten zusammenwirken, da wird wahre Lebendigkeit herrschen. Diese Rundgebung hier beweist uns, daß in unserer Bewegung jung und alt in glücklicher Harmonie zusammenleben.

So wenig wie die Lebensverhältnisse der Arbeiterchaft es ihr gestattet, ihren Nachwuchs einer sorglosen Jugendzeit zu überlassen, so wenig können das die Organisationen der Arbeiter. Wir müssen unsere Jugend immer wieder auf die ernste Arbeit hinweisen, die ihrer harret. Deshalb nutzt die Spannarbeit und Generale eurer Jugendjahre zur Vorbereitung auf das spätere Werk.

Wir wollen, daß die arbeitende Klasse frei werde von wirtschaftlicher Ausbeutung; daß sie gleich werde allen anderen Gliedern der Gesellschaft!

So gab es vor zwei Jahren in Düsseldorf die Gewerkschaftsjugend aus Rheinland und Westfalen. Von diesem Willen sind wir alle beseelt. Zum Wollen aber gehört die Tatbereitschaft. In diesem Sinne grüßen die deutschen Gewerkschaften ihre Jugend.

Bei drei weiteren Verbänden beträgt Ende 1927 der Prozentfuß der weiblichen Mitglieder über 40, und zwar zählten

	Mitglieder insgesamt	darunter weibliche	Prozent
Bekleidungsarbeiter	69 737	33 344	47,5
Nahrungs- und Genussmittelarbeiter	51 512	23 808	44,4
Schuhmacher	71 113	30 007	43,2

In anderen Verbänden sind die Frauen wohl prozentual schwächer vertreten, aber absolut gezählt auch oft in achtunggebender Zahl, wie bei den Fabrikarbeitern mit über 80 000, Gemeinde- und Staatsarbeitern mit über 30 000, Metallarbeitern mit über 50 000 usw. Das sind alles Zahlen die für sich selbst sprechen und beweisen, daß die organisierte Frau in deutschen Gewerkschaften ein Anrecht hat, geachtet und beachtet zu werden. Um die ganze Bedeutung zu erkennen, die den frei organisierten Frauen in Deutschland zugemessen ist, sei nur darauf hingewiesen, daß ihre Zahl insgesamt so ziemlich gleich steht mit der Zahl aller männlichen und weiblichen Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften Deutschlands zusammengekommen. Die Zahl der frei organisierten Frauen in Deutschland betrug nämlich 1925: 720 825, 1926: 627 458, 1927: 680 508.

In der Auszählung in den einzelnen Hauptbezirken des ADGB (Ortsausschüssen) verteilen sich die frei organisierten Frauen wie folgt:

Stuttgart	39 081	Berlin	79 242
Nürnberg	65 592	Breslau	43 773
Düsseldorf	47 080	Hannover	17 449
Frankfurt a. M.	29 026	Hamburg	43 576
Sena	35 230	Stettin	4 789
Halle	23 174	Königsberg	3 423
Dresden	137 514	Saarbrücken	276

Diese hohen Zahlen bedingen natürlich auch besondere Aufgaben für die Gewerkschaften den Frauen gegenüber, ebenso wie sie gleichzeitig auch eine gewisse Tragik umschließen. Man muß nämlich dabei wohl berücksichtigen, daß in diesen Zahlen nur die rein gewerblich beschäftigten Arbeiterinnen enthalten sind, also nicht etwa auch die organisierten Verkäuferinnen in den Geschäften und Warenhäusern oder das Bureaupersonal bzw. die angestellten. Weiter ist zu berücksichtigen, daß sich unter dieser großen Anzahl natürlich auch viele verheiratete Frauen befinden, die Mutterleid und Mutterorgen in die Fabrik treibt, oder wo immer sich ihnen Arbeit bietet, und in der Gewerkschaft mitspielen, damit es endlich möglich werden soll, daß der Mann allein für die Familie genug verdienen kann. Und man sollte es nicht für möglich halten, daß es daneben noch Millionen deutscher wertvoller Männer gibt, die immer noch nicht den Weg in unsere Reihen gefunden haben. Sie sollten sich schon schämen vor diesen 700 000 frei organisierten Frauen, denen gegenüber sie als feige und schlappe Weimern gelten müssen. Mühen wir auch diese Tatsache aus bei der kommenden Herbst- und Winteragitation, um zu sehen, ob sich wirklich alle Unorganisierten noch immer von unseren tapferen Kolleginnen in der Organisation beschämen lassen wollen.

Aus den Zahlstellen.

Breslau. Am 12. September hielt die hiesige Zahlstelle im Gewerkschaftshaus eine ordentliche Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Vorsitzender Kollege Karl Reishmann gab einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit. Im Anschluß hieran teilte der Kassierer Kollege Schöps den Kassenericht über das erste Halbjahr mit. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit und Leisens der Versammlung wurde Entlastung erteilt. Kollegin Blache, die Belegenheit hatte, auf Kosten der Stadt Breslau die „Brelha“-Ausstellung in Köln zu besuchen, führte uns in ihrem Vortrag wörtlich in die einzelnen Abteilungen derselben, so daß es allen erschienenen Mitgliedern möglich war, einen einigermaßen klaren Einblick zu gewinnen. Einen weiteren sehr lehrreichen Vortrag brachte Kollege Karl Reishmann zu Gehör. Er sprach über Betriebsräte und Arbeitsgerichtsgesetz. Deutlich konnte man erkennen, wie sauber es viele Prinzipale verstehen, langjährige Betriebsangehörige auf seine Art und Weise auf das Strafenpflaster zu werfen. Leider gelingt es ihnen des öfteren, weil die Kolleginnen und Kollegen nicht den richtigen Instanzenweg gehen, der ihnen in den meisten Fällen zu ihrem Recht verhelfen würde. Redner erläuterte ferner die Zusammenfassung des Arbeitsgerichts, die selten unseren Wünschen entspricht. Kollege Reinhold ergänzte die Ausführungen des Vorredners. Es fand eine kurze Aussprache statt. — Unter Verschiedenes wurde unseren Mitgliedern empfohlen, von den von der Arbeiterbank herausgegebenen Sparmarken und Sparbüchern recht regen Gebrauch zu machen. Ferner wurde mitgeteilt, daß Protokolle vom Köln. Verbandstag zum Preise von 1 Mt. zu beziehen sind. Zum Schluß erinnerte Kollege Reinhold nochmals daran, daß ab 1. Oktober d. S. eine kleine Beitragserhöhung erfolgt anfänglich der neu eingeführten Invalidenunterstützung ab 1. Januar 1929.

Darmstadt. Die am 11. September im Gewerkschaftshaus abgehaltene Versammlung konnte sich eines guten Besuches erfreuen; zumal die Tagesordnung ein jedes Mitglied interessierte. Zur Eröffnung begrüßte der Vorsitzende Kollege Wengens den Bezirksvorsitzenden der Buchdrucker, Kollegen Volkart, ebenso ein Mitglied vom Vorstand der Buchbinder Ueber die Abrechnung vom 2. Quartal 1928 berichtete der Kassierer aus dem Kassenericht war zu erleben, daß die Kassengelder in Darmstadt auch sind und daß Darmstadt als eine sehr gute Zahlstelle betrachtet werden darf. Die Einführung der Invalidenunterstützung ab 1. Oktober 1928 er-

läuterte der Vorsitzende. In der Diskussion, in der sich alle Kolleginnen und Kollegen über diese Einrichtung nur lobend aussprachen und endlich das verwirklicht sehen, was die Darmstädter Kollegenschaft schon lange wünschte, zeigte es sich, daß die Saat auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Der zurzeit in Urlaub hier weilende Kollege Spiegel hielt sodann einen Vortrag über „Tarifvertrag, und Friedenspflicht“. Mit großem Interesse folgte die Kollegenschaft den Ausführungen des Referenten, der es nahezu einfüßigem Vortrag verstand, den Aufbau des Tarifvertrages, seine Auswirkung (insbesondere die Friedenspflicht) zu behandeln.

In der nun sich anschließenden Diskussion unterrichteten alle Redner das vom Kollegen Spiegel belegte. Sie forderten die Kollegenschaft auf, das vom Redner Gehörte zu beherzigen und in Zukunft immer danach zu handeln. Unter Verschiedenes wurden kleinere Anfragen usw. erledigt. Der Vorsitzende teilte der Versammlung noch mit, daß Ende dieser Woche der Kassierer Spiegel wieder zur Schule nach Düsseldorf fahre und wünschte ihm alles Gute.

Dresden a. Ammersee. Die nahezu vollzählig besuchte Versammlung am 8. September wurde mit einigen gut zu Gehör gebrachten Konzertsätzen eröffnet. Kollege Seiler begrüßte die Kollegen und Kolleginnen, insbesondere den Gauleiter Kollegen Lehmeier-München. Erhielten waren ferner eine Kollegin aus München und eine größere Anzahl Kollegen des Ortsvereins Dresden des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Ueber den 9. Verbandstag in Köln referierte Gauleiter Kollege Lehmeier in fesselnder Weise und gab ein anschauliches Bild über den Verlauf der Tagung, den Besuch der „Brelha“ und die freundliche Aufnahme und Darbietungen der Kölner Kollegen. Starker Beifall betonte die freudlichen Ausführungen. Kollege Lehmeier beglückwünschte nachträglich die Kollegin Müller zu ihrer silbernen Hochzeit. Nach Schluß der Versammlung blieb die Kollegenschaft bei Musik und Tanz noch lange fröhlich beisammen.

Dresden. In der am Freitag, dem 31. August, stattgefundenen Mitgliederversammlung erstattete Kollege Herrmann den Bericht vom Verbandstag in Köln. Er verwies u. a. darauf, daß unsere Organisation während der vergangenen drei Jahre gut gearbeitet hat. Sie zählte Ende 1927 etwa 42 000 Mitglieder, so daß die graphische Hilfsarbeiterchaft 90 bis 92 Proz. organisiert sei, 2 1/2 Millionen Mark betrage das Verbandsvermögen. Dieses Vermögen ist nicht allein der intensiven Tätigkeit der Funktionäre, sondern auch dem Interesse aller Mitglieder zuzuschreiben.

Sodann erläuterte Kollege Herrmann die gestrigen Beschlüsse. Die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ist erhöht worden. Die Ausgaben für die Krankenunterstützung waren schon bisher doppelt so groß wie die für die Arbeitslosen. Diese Tatsache beweist den gesundheitlichen Tiefstand namentlich unserer weiblichen Mitglieder. Die Ursache dafür ist in dem Unterbewußtsein der Rationalisierung zu suchen. In einem von ihm selbst erlebten Vorfalle schilderte Kollege Herrmann, welche schwere Arbeit den Frauen zugemutet wird oder welche sie sich selbst zumuten. Wenn Frauen Lasten von 3 bis 1 Zentner schleppen, so ist das Raubbau an der Gesundheit des weiblichen Körpers. Er appellierte an die Kolleginnen, derartigen Forderungen nicht nachzukommen. Die Streit- und Mafregelungsunterstützung erfahre ebenfalls eine ansprechliche Erhöhung. Die Streitunterstützung darf außerdem nicht weniger als 5 Mt. pro Woche betragen. In Köln wurde ferner die Einführung der Invalidenunterstützung beschlossen. Die Delegierten unseres Gaus erhoben gegen sie ihre Stimme, obwohl es schon von vornherein eine gescheitene Schlacht war. Hat doch die Invalidenunterstützung bereits auf dem Hamburger Verbandstag eine Rolle gespielt. Von 88 Delegierten stimmten 69 für und 19 gegen die Einführung. Ein Antrag unserer Delegierten, hierüber eine Urabstimmung herbeizuführen, sei im gleichen Verhältnis abgelehnt worden. So müssen wir uns mit ihrer Einführung abfinden. Wir werden Disziplin wahren, da es ein Beschluß der höchsten Verbandsstufe ist. Da sich die Invalidenunterstützung selbst tragen muß, macht sich eine Erhöhung der Beiträge ab 1. Oktober notwendig. Die Unterstufungen werden ab 1. Januar 1929 gezahlt. In den Genuss dieser Unterstützung kommen in Dresden nach der jetzigen Ueberlieferung zunächst etwa 4—5 Personen. Anschließend berichtete die Kollegin Wolff als Mitdelegierte über die Frauennrage. Ausgehend von dem auf der „Brelha“ geäußerten Verheißung der Gewerkschaften ging sie auf das Referat der Kollegen Hanna ein und besprach die Stellung der arbeitenden Frau. Die Kollegin soll nicht als Erndringling oder gar als Lohnrüder betrachtet werden, sondern ist mit dem Manne gleichberechtigt. Daher immer wieder unsere Forderung: Gleiche Arbeit, gleiche Löhne. Unsere Kolleginnen müssen sich für die Frauennrage mehr als bisher interessieren. Durch Heirat aus dem Produktionsprozess ausschließende Kolleginnen können sich jetzt aus der Organisation auf drei Jahre abmelden, ohne ihre Rechte einzubüßen. Vor dem betrug die Frist nur ein Jahr. Hierauf berichtete Kollege Franz. Er wies auf die Entwicklung unserer Organisation aus kleinen Anfängen hin, und wir können und müssen stolz sein auf ihren Aufbau. In der Lohn- und Tariffrage gibt er den Bericht des Hauptvorstandes wieder. Er verbreitete sich über die Schwierigkeiten des letzten Tarifabschlusses. Die Hilfsarbeiterchaft ist auf dem Posten und wird jede Verschlechterung abwehren. Die Schlichtungsinstanzen sollen nicht abgebaut, sondern ausgebaut werden. Für den Steindruck muß ebenfalls ein Reichstafel geschaffen werden, wobei große Schwierigkeiten zu überwinden sein werden.

Die Hausdruckerinnen sind zum Teil für die Kollegenschaft vom Schaben, weil sie größtenteils niedrigeren Tarifen unterworfen sind. Der Redner besprach dann das Referat über die Arbeitsgerichtsbarkeit und berichtete über den Anschluß an die Internationale.

Reicher Beifall lobte alle drei Berichterstatter. In der Aussprache beteiligten sich eine Anzahl Kollegen, die allgemein erklärten, sich mit der Einführung der Invalidenunterstützung abzufinden. Kollege Franz appellierte noch an die Kollegen, ihre erwerbsfähigen Frauen im Haushalt zu entlasten, sie in die Vorträge der Partei und Gewerkschaft zu schicken, sie aufzuklären, sie zu bilden usw. Soll sie Schutter an Schulter mit dem Mann für bessere Lebensbedingungen kämpfen, dann dürfe sie nicht stumpfsinnig dahinfliegen. — Wänge der reiche Beifall, den man den Ausführungen des Kollegen Franz zollte, nicht fruchtlos blieben.

